

## EU gibt Autobauern Luft: Mehr Zeit für Klimavorgaben in Gefahr!

EU-Staaten erwägen, Autobauern mehr Zeit für Klimavorgaben zu geben. Abstimmung im Europaparlament am Donnerstag.



**Deutschland** - Die Europäische Union plant, Autobauern mehr Zeit zu geben, um die verschärften Klimavorgaben einzuhalten. Dies könnte bedeuten, dass renommierte Hersteller wie Volkswagen, Mercedes und BMW in diesem Jahr die neuen CO2-Grenzwerte überschreiten, ohne sofortige Strafen befürchten zu müssen. Dies berichtet die **Remszeitung**.

Der Vorschlag der EU-Kommission sieht vor, dass die Grenzwerte nicht mehr jährlich, sondern alle drei Jahre eingehalten werden müssen. Eine Abstimmung über diese wichtige Änderung ist für Donnerstag anberaumt. Sollte die Abstimmung positiv ausfallen, wären die Automobilhersteller verpflichtet, die Vorgaben in den folgenden Jahren besser als

gefordert zu erfüllen, um Strafen zu vermeiden.

## **Klimavorgaben und ihre Konsequenzen**

Hintergrund der drohenden Strafen sind die im Jahr 2025 verschärften Flottengrenzwerte für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Fahrzeug. Aktuell müssen die Hersteller für jeden überschrittenen Grenzwert 95 Euro pro Gramm und pro Kilometer Strafe entrichten. Eine Herausforderung stellt der schleppende Absatz von Elektroautos dar, der schlechter verläuft als prognostiziert und potenziell zu weiteren Überschreitungen führen könnte. Felix Creutzig vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung hebt in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit der Flottengrenzwerte für den Klimaschutz im Verkehrssektor hervor.

Eine Flexibilisierung der Vorgaben könnte allerdings auch negative Folgen haben und zu einem höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß führen. Der Verkehrssektor ist bereits für etwa 146 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente in Deutschland verantwortlich, was 22% der Gesamtemissionen ausmacht. Laut dem **Umweltbundesamt** stieg der Anteil der Emissionen im Verkehr seit 1990 um 9 Prozentpunkte, während die Emissionen lediglich um 10,9% gesenkt wurden.

## **Ziele für den Klimaschutz im Verkehr**

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sind ambitionierte Klimaziele im Verkehrssektor erforderlich. Das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) sieht vor, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 65% gegenüber 1990 zu reduzieren. Bis 2045 soll der Verkehrssektor treibhausgasneutral werden. Europäische Vorgaben verlangen zudem eine Reduktion der Emissionen bis 2030 um 40% in den Sektoren Verkehr, Landwirtschaft, Gebäude und Abfall, wobei Deutschland ein spezifisches Ziel von 50% verfolgt.

- Effizienz und Elektrifizierung für Pkw und leichte

Nutzfahrzeuge: Ziel von 15 Millionen vollelektrischen Pkw bis 2030.

- Effizienz und Elektrifizierung für schwere Nutzfahrzeuge: Verlagerung von Transporten auf Schiene und Binnenschiff.
- Ende für klimaschädliche Subventionen: Abbau von Dieselprivileg, Dienstwagenbesteuerung und Subventionen für Luftverkehr.
- Verursachergerechte Bepreisung: Anstieg des CO<sub>2</sub>-Preises zur Reduzierung von Emissionen.
- Geschwindigkeitsbegrenzungen: Einführung eines Tempolimits zur Reduzierung von Emissionen.
- Stärkung der Schiene: Verdopplung der Verkehrsleistung im Schienenpersonenverkehr bis 2030.
- ÖPNV, Fahrrad, zu Fuß gehen, Sharing: Förderung nachhaltiger Verkehrsinfrastruktur.
- Postfossile Kraftstoffe: Nutzung von E-Fuels und Biokraftstoffen aus Abfall- und Reststoffen.

Die Notwendigkeit für schnellere Maßnahmen im Verkehrssektor wird durch die projizierten Emissionen des Verkehrs bis 2030 deutlich, die voraussichtlich bei 111 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent liegen werden, was 26 Millionen Tonnen über dem angestrebten Ziel von 85 Millionen Tonnen liegt.

Details	
<b>Vorfall</b>	Klimawandel
<b>Ort</b>	Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.remszeitung.de">www.remszeitung.de</a></li><li>• <a href="http://www.umweltbundesamt.de">www.umweltbundesamt.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**